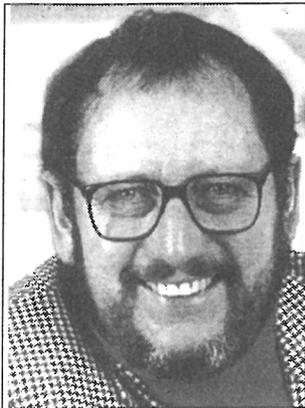


PERSÖNLICH



Falsches Signal!

Sechs Abgeordnete der Fortschrittlichen Bürgerpartei wollen mit einer Initiative das Kindergeld in Liechtenstein ab 1. Januar 1997 um Fr. 20.- erhöhen. Daraus entstehen Mehrausgaben von ca. 2,3 Millionen Franken pro Jahr.

Dass solche Wahlgeschenke in den Monaten vor den Wahlen verteilt werden, ist in Liechtenstein nichts Neues. Dass im Landtag solche Wahlgeschenke in der Regel – und wohl auch diesem Falle – eine Mehrheit bekommen, dürfte auch nicht verwundern. In einigen Parlaments-Debatten wurden solche Wahlgeschenke sogar noch aufgebessert, damit auch die Nichtunterzeichner einen persönlichen Beitrag zur Wiederwahl leisten konnten.

Das war schon früher so! In der heutigen Zeit, in der weltweit die Arbeitslosenzahlen steigen (auch bei uns) und in Mitteleuropa noch weiter steigen werden, in einer Zeit, in der die Sozialausgaben und Subventionen abgebaut werden und in der die Selbstverantwortung in politischen Voten herbeigeredet

Unter der Rubrik «Persönlich» veröffentlichten wir Beiträge von ausserredaktionellen Autorinnen und Autoren. Die hier geäußerten Ansichten müssen mit der Meinung der Redaktion nicht übereinstimmen.

wird, zeigt diese Initiative ein völlig falsches Signal.

Denn die Zeiten der Geschenke zu Wahlzwecken sind vorbei – und hoffentlich kontraproduktiv. Und das Verteilen von Wahlgeschenken im Giesskannenprinzip ist sozial unverantwortlich.

Was uns heute und morgen fordern wird, sind andere Aufgaben: die Erhaltung unserer zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit zum Beispiel, oder eine effektive Aus- und Weiterbildung als lebenslanges Lernen. Wäre es nicht viel sinnvoller, der Landtag würde sich darüber Gedanken machen, welchen Wohlstand Liechtenstein haben soll und wie dieser in den kommenden Jahrzehnten zu er-möglichen sei?

Auch wenn in unserem Wohlstands-Denken die 2,3 Millionen Franken im Moment kein Problem sind, ein späteres Zurück-kreben ist bei uns bei Gott nicht einfacher als im Ausland. Die im Ausland bereits eingetretene Trendwende, dass die Sozialausgaben höher sind als die entsprechenden Einnahmen, diese Trendwende steht auch bei uns vor der Tür. Sollen wir heute die gleichen Fehler machen, die andere bereits gemacht haben und heute tief bereuen?

Fest steht: die heutigen flächen-deckenden Sozialsysteme sind konzeptionell nicht überlebensfähig. Sie sind schlicht und einfach nicht mehr bezahlbar.

Dies hat sich dramatisch verändert!

Was vor allem «schräg in der Landschaft» steht, ist die Ausschüttung im Giesskannenprinzip. Die meisten im Landtag, und – so behaupte ich einmal – alle Unterzeichner der Initiative haben überhaupt keinen Bedarf für eine Erhöhung dieses Kindergeldes. Und für diejenigen Familien, die echt in Finanznöten leben – und solche gibt es mehr als allgemein angenommen wird – bringen diese zwanzig Franken zu wenig.

In unserem Land gibt es Familien, denen geht es effektiv miserabel. Sie konnten in den letzten Jahren keine bis kaum spürbare Lohnerhöhungen erfahren, die massiven Erhöhungen der Versicherungs- und Krankenkassenprämien und vor allem auch die Mehrwertsteuer wurden vorwiegend auf dem Buckel dieser Minderverdienenden ausgetragen. Es stellt sich daher die Gretchenfrage, welchen Familien geholfen werden soll: dem Rechtsanwalt, der monatlich Fr. 40'000.- verdient, in einer Villa wohnt und ein Kind hat oder dem Fabrikarbeiter, der für den Unterhalt seiner fünfköpfigen Familie und seinem Eigenheim mit Fr. 4'000.- auskommen muss?

Wenn man diesen minderverdienenden Familien helfen möchte – und hier wäre durchaus Handlungsbedarf – dann muss man bereit sein, wirksam zu helfen.

Nicht mit Fr. 20.- pro Kind und Monat. Sondern um ein Mehrfaches. Durch massive Steuerermässigungen und merkbare Abzugsmöglichkeiten. Durch grosszügige Erleichterungen bei der Ausbildung, und-so-weiter.

Fazit: Wenn man schon helfen will, dann nicht wahltaktisch und im Giesskannen-Prinzip, sondern dann und dort, wo Notwendigkeit angezeigt ist. Dort aber wirksam.

Und als Grundatz für das nächste Jahrzehnt sollte gelten: nicht immer mehr verteilen wollen, sondern immer weniger einfordern. Dies stärkt die Selbstverantwortung. Und schafft Raum für punktuelltes Unterstützen.

Weiter so wie früher. Oder umdenken?

R. Walser

Reinhard Walser, Vaduz